In diesem Offenen Brief thematisiert **Diether Dehm** einen „erstaunlich mediengepriesenen Gegenantrag für den Bundesparteitag“ gegen „eine zuverlässige Zusammenarbeit des BSW mit der AfD in Sachsen-Anhalt“, wie sie Sahra Wagenknecht vertrete und wie sie von Claudia Wittig, Thomas Schulze und John Lucas Dittrich und anderen repräsentiert werde. Die „Pharisäer“, die jetzt mit ihrem Gegenantrag „gegen Eure Grundwerte-Kommission, gegen Sahra Wagenknecht und Claudia Wittig, über Euch zu Gericht sitzen wollen und eine mainstreamgefällige Inquisition gegen Euch einfordern“, müssten sich „fragen lassen, was er/sie denn in der Praxis bislang in und außerhalb von Parlamenten an Erfolgen für Frieden mit Russland, gegen die Fünf-Prozent-Hürde und für die ‚kleinen‘ Leute zu Wege gebracht“ habe. **Jens Berger** hält hier dagegen und ist der Meinung, vieles an seiner Kritik an den Medien und an den innerparteilichen „Maßreglern“ sei berechtigt. Der Brief habe jedoch eine Leerstelle, und die sei groß: Er sehe die „AfD erstaunlich naiv“. Denn: „Wer von dieser Partei eine Friedens- oder gar Sozialpolitik im Sinne des BSW erwartet, dürfte eines Morgens neben einer schwarz-blauen Koalition aufwachen, die das genaue Gegenteil“ betreibe.

Abgedruckte Leserbriefe geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen aus redaktionellen Gründen bleiben vorbehalten.

Wir haben dazu zahlreiche und interessante Leserbriefe bekommen. Dafür bedanken wir uns sehr herzlich. Die folgende Auswahl hat **Christian Reimann** für Sie zusammengestellt.

Zu Magdeburger Weg statt Fraktionszwang!

1. Leserbrief

Magdeburger Weg statt Fraktionszwang! – von Diether Dehm

Der Magdeburger Holzweg – eine Replik auf Diether Dehm – von Jens Berger

Liebe Redaktion,

Zunächst einmal Lob und Dank für diesen Knaller!

Beide haben Recht. Der Eine sagt „nu macht mal!“ und der Andere „doch bitte nicht mit der AfD!“. Dabei besteht ein großer Teil der AfD-Wählerschaft, und ein kleinerer ihrer Politiker (Tino Chrupalla et al.), aus Menschen die endlich wollen, dass nun mal gemacht wird, Politik für die Menschen, Frieden, Soziales, Gesundheit, Infrastruktur, Zukunftsperspektive.

Denn die Linke, SPD, Grüne, „die Linke“, hat kläglich versagt. Es gibt sie nicht mehr. Spätestens seit Oskar Lafontaine, nach seinem formidablem Wahlsieg 1998, sechs Monate später aus dem Amt gemobbt wurde. Der Totengräber der SPD als Sozialpartei, Gerhard Schröder, der wenigstens noch für eine vernünftige Außenpolitik steht, wird jetzt auch fertig gemacht.

Was bleibt ist eine überwältigende Mehrheit der Rechten, CDU und AfD (ein CDU-Ableger). Und das klitzekleine BSW, das, wie beide Autoren schreiben, bei den nächsten West-Landtagswahlen wohl den Löffel abgeben wird.

Dann nutzt doch diese Chance in Magdeburg. Keine Koalition mit der AfD, aber Unterstützung von vernünftigen Vorhaben. Dann muss die AfD Farbe bekennen und das BSW kann für sich verbuchen, etwas zu tun statt auf Prinzipien zu beharren.

Und, meine Güte, warum so viel Gewese um eine möglicherweise (vielleicht auch wahrscheinliche) rechtsextreme Politik der AfD? Rechtsextremer als das was CDU, Grüne und SPD in der Praxis vormachen, geht doch kaum noch.

Viele Grüße,

Rolf Henze

---

2. Leserbrief

Sehr geehrtes NdS-Team,

Mein Beitrag zum Artikel:

Magdeburger Weg statt Fraktionszwang!

Dieser ganze, fast unlesbare Beitrag von Diehter Dehm riecht durchgängig nach kleingeistiger Vereinsmeierei. Man fühlt sich an eine Sitzung eines

Kleintierzüchtervereins erinnert, in der sich die Mitglieder gegenseitig beschuldigen und Vorhaltungen über Vorgänge aus längst vergangenen Jahren machen.

Offensichtlich erfreut sich Diehter Dehm sehr an seinen unpräzisen, verschachtelten Sätzen. Man möchte ihm die ganze Zeit nur zurufen: „Jetzt sag doch endlich, was du sagen willst! Sag es doch einfach!“

Herzliche Grüße,
Peter Palec

---

3. Leserbrief

Moin,

Bezug nehmend auf den ersten Beitrag von Diether Dehm:

Die klassischen politischen „Links-Rechts-Rollen“ sind im öffentlichen Sprachgebrauch korrumpiert und teilweise sogar bis ihn ihr Gegenteil verkehrt worden (die NDS hatten dazu bereits mehrere Artikel veröffentlicht). Auch Politik im Sinne der sie bestimmenden Bevölkerung ist mittlerweile Lichtjahre von ihrer ursprünglichen Bestimmung entfernt: Die Bürger werden nur als Steuerzahler gemolken, ohne jegliches Mitspracherecht (mit Ausnahme einer einmaligen Stimmabgabe alle paar Jahre, die am Status Quo kaum etwas ändert), und diese Steuergelder werden Institutionen in den Rachen geworfen, die nur Geldvermehrung im Sinn haben. Genau vor diesem Hintergrund mutet die Wohnungs-Enteignungs-Debatte bizarr an, könnte doch die Politik — mit einfachen Mitteln — erst einmal die Rahmenbedingungen positivieren, die den Bürgern so sehr zu schaffen machen: nämlich eine Decklung ALLER Mieten auf ein vernünftiges Niveau, anstatt weiter zuzulassen (Enteignung hin oder her), daß börsennotierte Unternehmen 30% und mehr aller Mieteinnahmen für ihre üppigen Gewinne ohne adäquate Gegenleistung einstreichen (wir erinnern uns: die als „Mietzins“ bezeichnete Miete war mal dazu gedacht, die Abnutzung durchs Wohnen zu kompensieren und nicht, exorbitante Gewinne einzustreichen). Wenn dann durch den Mietpreisdeckel die Immobilienwerte fallen, dann kann man auch über eine Verstaatlichung nachdenken — wenn diese dann überhaupt noch notwendig ist, denn wenn die Heuschrecken nicht genügend Gewinne einfahren und dies erwartbar auch nicht in der Zukunft passieren wird, dann trennen sie sich freiwillig

von den Immobilien. Das wäre dann tatsächlich eine Politik, die dem kleinen Mann (gemeint ist: der normale Durchschnittsbürger) zugute käme.

Bei der AfD muß man vorsichtig sein, in zweierlei Hinsicht:

1. Sie haben bis jetzt noch nicht mitregiert. Man kann also nur ihre Oppositionsarbeit beurteilen, und da haben sie sich während „Corona“ und in anderen, kleinen Dingen tatsächlich positiv hervor getan, auch wenn man vermuten darf, daß es reiner Opportunismus ist, das man als wahltaktisches Manöver betrachten könnte (was die vielen Wählerstimmen untermauern).
2. Dem Wahlprogramm nach zu urteilen, ist die AfD noch neokapitalistischer, als es jede andere Partei an der Macht aktuell ist. Ein bekannter Kabarettist a. D. nannte sie einst „die FDP auf Speed“.

Außerdem gilt zu berücksichtigen, daß es in der AfD mehrere Flügel gibt, die von Friedensbemühungen bis hin zum willfährigen Stimmenhelfer für „Sondervermögen“ für Kriegskredite reichen. Welche Kraft sich am Ende durchsetzt, kann heute nicht sicher vorausgesagt werden. Ich würde darauf wetten, daß es die undemokratischere Variante sein wird.

Was die CDU da vor hat, „geschlossen aus dem Plenarsall zu ziehen“, war übrigens vor 1939 eine Taktik der NSDAP, um sich langfristig Wählerstimmen zu sichern (was leider funktionierte). Es zeigt außerdem, daß man von Demokratie sehr wenig hält und sich trotzig verhält, wenn man nicht das erhält, was man einseitig verlangt hat. Das ist ein Verhalten aus dem Kindergarten, einer Politikbühne unwürdig. Es lenkt vom zu verhandelnden Inhalt, wie das Aufgabe eines Parlaments wäre, erfolgreich ab. Das ist totalitäres Verhalten.

Kommen wir von der irritierenden royalen Anrede („Ihr“ anstatt „ihr“, „Euch“ statt „euch“) zur Replik von Jens Berger:

Ich denke auch nicht, daß man von einer AfD eine Friedesbereitschaft wie dem BSW erwarten kann (von einigen wenigen Ausnahmen in Form von klugen Köpfen einmal abgesehen), da dies nicht ihr erklärtes Parteiprogramm ist.

Danke für die Hervorhebung der teils drastischen, teils diametralen Unterschiede der beiden Parteien. Es ist wichtig, diese nicht nur unsoziale, sondern in meinen Augen auch asoziale, Politik klar beim Namen zu nennen, damit kein AfD-Wähler hinterher behaupten kann, er hätte von Nichts gewußt (übrigens ein sehr beliebtes

Gegenargument, warum man die AfD wählt: „das Parteiprogramm interessiert mich nicht, es muß nur eine andere Partei her, denn so kann es nicht weiter gehen“ — und macht es genau damit nur noch schlimmer).

„Die Aufrüstung gegen wen“ kann ich beantworten: sie dient der Umverteilung der Gelder von unten nach oben, somit ist sie im Grunde ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Daß ein absurd hohes Waffenarsenal irgendwann zu einem Krieg führen wird, wird dabei billigend in Kauf genommen. Schließlich verdienen die Profiteure anschließend auch nach der Zerstörung vom Wiederaufbau (wie die Planungen nach dem Ukrainekrieg zeigen). Das ist ein ewiger, gewinnbringender Kreislauf: zuerst verdient man an der Hochrüstung, und anschließend, nach Ausplünderung der zerstörten & besiegten Länder, am Wiederaufbau, wobei der Wohlstand als Erstes das Opfer ist.

Womöglich sieht Herr Dehm mit der AfD eine Art Türöffner, das BSW an die Macht zu bringen. Doch wenn der Wolf erst einmal in der Schafsherde ist, dann kann man sich denken, was als Nächstes passiert. Die AfD ist auf einen Koalitionspartner angewiesen, wenn sie an die politische Macht kommen will, aber das BSW sollte sich dafür nicht hergeben.

Das BSW wäre gut beraten, ihre parteipolitischen Leitlinien konsequent und mit Stärke durchzusetzen, anstatt faule Kompromisse einzugehen. Nur dann wird sich „der kleine Mann“ an der Wahlurne dazu durchringen, zukünftig sein Kreuz bei dieser Partei zu machen. Umfaller-Parteien und solche im Dienste der mächtigen Privatindustrie haben wir bereits mehr als genug. Wenn man nur dann einen Pakt schließen kann, indem man ihn mit dem Teufel macht, dann sollte man es ganz sein lassen.

Mit freundlichen Grüßen,
Michael Schauberger

---

4. Leserbrief

Lieber Jens Berger und lieber Diether Dehm –

wir beide haben sogar auf der Seitenwechsel-Buchmesse miteinander gesprochen, ich sagte: ich liebe die Ärztin mit Flecken auf dem Kittel, die aber THERAPIERT,

tausendmal mehr als die Ärzte in ihren weißen Kitteln, die nur herumstehen, diagnostizieren und theoretisieren und aufpassen, dass ihre Kittel immer schön weiß bleiben – und dabei bleib ich auch!

Lieber Jens Berger, Ihr Vergleich der Programmatik sollte nicht nur 2-spaltig (AFD vs. BSW) sein, sondern 3-spaltig! Wenn man die Altparteien auch noch reinnähme, dann sähe man, dass die in ihrer PolitPRAXIS (nicht im schönen Parteiprogramm) ja auch bis zur Unterlippe voller Neoliberalität und Kriegsliebe stecken! Und im 3-spaltigen Vergleich sähe man dann, wo die AFD-Politik – wenn sie auch nicht der Ideal-Programmatik des BSW entspricht – immerhin eine Verbesserung zum JETZT-ZUSTAND darstellt! Und das ist doch schon ein Ziel!

Ja – wie Sie richtig aufzeigen, hat die AFD tief drin ein schwarzes, neoliberales und NATO-nahes Herz … Daraus kann man den Schluss ziehen „Finger weg von der AFD!“ – ooooder man kann einen machiavellistischen Move wagen: WOHLWISSEND, dass die AFD nicht unsere Schwester ist, kann doch Claudia Wittig versuchen, die AFD clever darauf FESTZUNAGELN, dass sie die „Partei des Kleinen Mannes und des Friedens“ sein wollte im Wahlkampf! Beide Parteien können das Höchste auseinander herauskitzeln! Der Magdeburger Weg stärkt im BSW den Flügel, der kein B.S.W. = bloß schöne Worte will, der die Welt nicht bloß interpretieren, sondern sie echt verändern will! Und in der AFD wird der sozial-patriotische Flügel gestärkt, dem das Soziale und der Frieden viel näher ist als einer Weidel. Im Idealfall schafft Magdeburg sogar ein so attraktives Politikmodell, dass es der AFD schwer fällt, in der nächsten Legislatur zu ihrem natürlichen Bündnispartner, der CDU, zurückzukehren :-)

Das alles ist es wert, versucht zu werden! Quasi ein Rodeo-Ritt des BSW auf der AFD. Und wenn wir runterfallen – können wir sagen: liebes Volk, wir haben es wenigstens VERSUCHT, weil das die einzige Chance war, dass sich überhaupt was ändert!

Als rote Linien würde ich nur einziehen: 1) Die AFD-Ziele, die auch BSW-Programmatik sind, sollten wir auf jeden Fall unterstützen! 2) Aber auch bei AFD-Politik, die nur mittelmäßig zur BSW-Programmatik passt, sollten wir uns fragen: wird dadurch immerhin eine Verbesserung des IST-ZUSTANDS erreicht? Und wenn ja: sind wir es dann dem Volk, das eine Verbesserung des Ist-Zustands sehnsüchtig ersehnt, schuldig? oder ist unsere Partei-Eitelkeit wichtiger?

Das Zauberwort ist übrigens: klare Kommunikation zur Öffentlichkeit! Wenn wir z.B.

mal einem AFD-Vorschlag zustimmen, der nicht 100% auf BSW-Linie liegt, können wir ja klar kommunizieren, was uns daran nicht gefiel, was WIR anders gemacht hätten, warum wir aber zustimmten, weil wir darin immerhin noch unterm Strich eine Verbesserung für das Volk sahen …

In 4 Jahren wird sich das auszahlen, wenn das Wahlvolk sagen kann: AFD+BSW haben’s echt gut gemacht in Sachsen-Anhalt, und hier und da hätte das BSW sogar noch ein bißchen bessere Akzente gesetzt …

So – und nun hoffe ich, dass alle Delegierten beim kommenden BSW-Parteitag die 11. Feuerbach-These hundertmal an die Tafel schreiben müssen :-)

Martin aus S

---

5. Leserbrief

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der NachDenkSeiten-Redaktion,

zunächst einmal möchten wir uns als NachDenkSeiten-Gesprächskreis Schweinfurt/Würzburg bedanken, dass bei den NachDenkSeiten eine offene Debatte über das „Magdeburger Modell“ einer punktuellen Zusammenarbeit von AfD und BSW möglich ist. Damit sind die NachDenkSeiten wieder einmal einer der ganz wenigen öffentlichen Orte, wo solche wichtigen Debatten im Sinne der Meinungsfreiheit und Demokratie – und gegen die undemokratische „Brandmauerpolitik“ – geführt werden können. Wir hoffen, dass dies so bleibt, denn dies ist eine wichtige Stärke der NachDenkSeiten für uns. Wir haben unseren Gesprächskreis genau deswegen gegründet, nämlich für den kritisch-konstruktiv-solidarischen Dialog unter Gleichgesinnten.

Wobei wir auch einen eigenen Standpunkt zu dieser Debatte vertreten. Wir würden uns daher freuen, wenn unser Leserbrief zum Artikel „Der Magdeburger Holzweg – eine Replik auf Diether Dehm“ (NachDenkSeiten vom 23. November 2026) berücksichtigt werden könnte. Der Text von Chefredakteur Jens Berger ist in unserem NachDenkSeiten-Gesprächskreis Schweinfurt/Würzburg kritisch aufgenommen worden. Unser Standpunkt liegt eher bei Diether Dehms Artikel „Magdeburger Weg statt Fraktionszwang!“ (NachDenkSeiten vom 23. November 2026), was wir in unserem Leserbrief deutlich machen und damit auch die

gemeinsame Debatte befruchten möchten. Vielen Dank schon einmal im Voraus für euer Verständnis und eure Bemühungen!

Kollegiale Grüße
Michael Kraus und Klaus Herrmann
für den NachDenkSeiten-Gesprächskreis Schweinfurt/Würzburg

Hier folgt nun der Leserbrief:

Den Beitrag von NachDenkSeiten-Chefredakteur Jens Berger gegen das „Magdeburger Modell“ finden wir als NachDenkSeiten-Gesprächskreis Schweinfurt/Würzburg zu einseitig. Es ist ihm selbstverständlich unbenommen, seine Ablehnung der wirtschaftsliberalen AfD deutlich zum Ausdruck zu bringen. Nur finden wir zwei Dinge an dieser Stellungnahme problematisch: 1) Auf die drei brennendsten Themen Krieg, Deindustrialisierung/Verarmung und Entdemokratisierung bietet der Text keine wirkliche Lösung. Denn bei diesen Themen kann das BSW alleine nichts ausrichten – und auch nicht zusammen mit den Altparteien, die für diese Krisen verantwortlich sind („Erfurter Modell“). Was bliebe, wäre Fundamentalopposition. Dafür haben wir aber keine Zeit. 2) Wir vermissen im Text einen Hinweis auf die Gemeinsamkeiten von AfD und BSW bei der Coronaaufarbeitung und bei der Ablehnung des Rundfunkzwangsbeitrags. Das sind für uns – und auch die NachDenkSeiten, wie wir bisher dachten – wichtige Themen und keine unwichtigen Nebensächlichkeiten.

1. Zu Corona: Die NachDenkSeiten haben sich große Verdienste erworben, weil sie als eines von ganz wenigen linken Medien während des Coronaregimes von 2020 bis 2022 gegen die falsche Politik angeschrieben haben. Bis heute werden Ärzte und Kritiker juristisch verfolgt und versuchen die Altparteien (mitsamt der LINKEN) alles, um eine Coronaaufarbeitung zu verhindern. Klar: Die Täterinnen und Täter wehren sich gegen die Aufarbeitung ihrer Taten. Nur AfD und BSW wollen eine ehrliche Coronaaufarbeitung mit Untersuchungsausschüssen und umfassenden Aufträgen an diese Gremien. Auch in Sachsen-Anhalt ist genau das zu erwarten, nämlich ein starker gemeinsamer Antrag zu einer echten Aufarbeitung der Coronaverbrechen. In Jens Bergers Stellungnahme liest man zu diesem wichtigen Thema gar nichts, sondern im Grunde nur scharfe Kritik am „Magdeburger Modell“. Dabei ist ein wesentlicher Grund der Wahlerfolge von AfD und BSW das Coronaregime und die systematisch verweigerte Aufarbeitung desselben.

2. Zum Rundfunkbeitrag: BSW und AfD bereiten ein Ende des

Rundfunkzwangsbeitrags in Sachsen-Anhalt vor. Die NachDenkSeiten haben zurecht immer wieder deutliche Kritik an den deutschen Staatsmedien – denn das sind sie – ausgeübt. ARD, ZDF und Co. sind teuer aufgebläht, arbeiten sehr ineffizient und regierungsnah. Sie werden politisch gesteuert und machen Werbung für die jeweiligen Regierungskampagnen, anstatt kritisch darüber zu berichten. Das galt und gilt bei der Eurowährung und der EU-Politik, bei der Corona- und Klimapolitik, bei der Zuwanderung, bei Ukraine und Russland, bei Israel und Iran, bei Gender usw. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass nach jahrelangen erfolglosen Reformdiskussionen („Leuchtturm ARD“ usw.) der staatsnahe Agitationsfunk in Sachsen-Anhalt an sein verdientes Ende kommen soll. Wie wichtig dies wäre für eine Abkehr von Zensur- und Gleichschaltungsversuchen, letztlich schlicht für den Erhalt demokratischer Strukturen im Land, ist gar nicht zu überschätzen.

Wir freuen uns, dass die NachDenkSeiten eine offene Debatte zum „Magdeburger Modell“ führen. Wir würden uns noch mehr freuen, wenn künftig beim „Magdeburger Modell“ nicht mehr wesentliche Fakten unter den Tisch fielen und auch die politisch-strategische Perspektive stärker angesprochen würde. Es gibt genug Gründe, warum die wirtschaftsliberale AfD und das sozialdemokratische BSW zwei verschiedene Parteien sind und keine „Liebesheirat“ eingehen müssen. Aber künstlich nur die Unterschiede zu betonen und damit der bestehenden „Brandmauerpolitik“ indirekt den Weg zu bereiten, anstatt auch die Gemeinsamkeiten von AfD und BSW zu betonen, halten wir für politisch und strategisch falsch. Es ist dringend Zeit, die Politik der Altparteien zu beenden. Das geht nur durch Bündelung gemeinsamer Interessen, was aktuell ausschließlich von den Oppositionsparteien AfD und BSW geleistet werden kann. Wichtigster gemeinsamer Nenner sollte sein, den großen Krieg gegen Russland zu verhindern und langfristig den Frieden zu sichern!

Zu Der Magdeburger Holzweg – eine Replik auf Diether Dehm

6. Leserbrief

Lieber Jens Berger,

in Ihrem Beitrag „Der Magdeburger Holzweg – eine Replik auf Diether Dehm“ sind Sie der grundlegend falschen Interpretation des „Magdeburger Wegs“ des BSW durch Dieter Dehm auf den Leim gegangen. Als BSW-Mitglied kenne ich die

veröffentlichten, aber auch interne Vorstellungen der Anhänger des „Magdeburger Wegs“ in der Partei.

Sie schreiben: „Diether Dehm wirbt in einem Offenen Brief auf den NachDenkSeiten leidenschaftlich für den „Magdeburger Weg“ des BSW Sachsen-Anhalt – also für eine verlässliche Zusammenarbeit mit der AfD bis hin zur Wahl Ulrich Siegmunds zum Ministerpräsidenten am 15. Dezember.“

Aber gerade die oben fett markierten Aussagen lehnt der „Magdeburger Weg“ ab, er unterstützt nur nicht die pauschale Ausgrenzung und parlamentarische Sonderbehandlung der AfD durch die „Altparteien“. Er sucht mit allen Parteien Schnittmengen zu eigenen Positionen – also echte Demokratie statt „Unsere Demokratie“. Und versucht so durch wechselnde Mehrheiten nicht nur die AfD, sondern auch die PdL, SPD und Grüne dazu zu zwingen, Farbe zu bekennen. Denn die Frage der Jungen Welt im Link unten ist berechtigt: „**Wer ist in Ihren Augen gefährlicher: CDU, SPD und Grüne oder die AfD?“**

Erklärende Artikel vom BSW selbst sind z.B.:

„»Das hängt von der realen Machtposition ab«

Sachsen-Anhalt: BSW-Fraktion sieht rote Linien im Verhältnis zur AfD, aber auch Schnittmengen. Ein Gespräch mit Claudia Wittig“

„Stimmte das BSW für die AfD, Frau Wittig? „Kommen Sie mir nicht mit so einem Quatsch“
Ein Dinner mit der AfD bei Compact sorgt für Streit im BSW. Im Interview weist Claudia Wittig den Vorwurf der Kumpanei zurück und greift ihre Kritiker an.“

„BSW-Gastbeitrag zum „Magdeburger Weg“: Warum unsere Partei mit der AfD stimmen sollte“

Ansonsten lese ich Ihre Beiträge sehr gerne. Auch Ihren Bedenken in diesem Beitrag stimme ich voll zu – aber nicht bezogen auf den tatsächlichen „Magdeburger Weg“, sondern nur bezogen auf die Aussagen im NDS-Beitrag des Nicht-BSW-Mitglieds Dieter Dehm. Dem grade erst wieder wachsenden Plänzchen BSW schadet die dort erhobene Behauptung einer besondere Nähe zur AfD.

Mit freundlichen Grüßen
J.A.

Anmerkung Jens Berger: *Liebe J. A.,*

Sie haben Recht, es ist verwirrend, dass ich in meiner Replik diese Unstimmigkeit nicht aufkläre. Wäre es daher nicht sinnvoll, ihre Zuschrift als Leserbrief zu veröffentlichen?

Beste Grüße
Jens Berger

---

7. Leserbrief

Lieber Nachdenkseiten,

ich schliesse mich der Meinung von Jens Berger an.

Eine zu enge Zusammenarbeit mit der AfD ist tödlich für BSW,denn der Wähler wird dann direkt das Original nälmich die AfD und nicht das BSW wählen.

Ich würde mich auch nicht der Stimme am 8. Dezember enthalten wenn damit Ulrich Siegmund zu MP gewählt würde. Das Programm der AfD in Sachsen Anhalt ist eindeutig mit völkischer Ideologie durchsetzt. Das Kulturprogramm von Tillschneider(Bauhaus als Irrweg der Moderne bezeichnend) ist so extrem rechts wie es nur sein kann. Dazu brauche ich keinen Verfassungschutz um das zu erkennen.

Der Bundesparteitag des BSW Ende November wird eine Zerreissprobe nach dem weitere Parteiaustritte drohen.

Ich war seit langem ein Anhänger von Wagenknecht und Lafontaine. Aber hier liegen sie falsch mit ihrer kompromisslosen Haltung.

Nach dem Urteil des BVerfG zur Nachzählung der Stimmen droht dem BSW ein baldiges Ende,wenn hier kein Kompromiss gefunden wird der alle einbindet.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Werner

---

8. Leserbrief

Lieber Jens Berger,

ich danke Ihnen recht herzlich für diesen klaren und klärenden Beitrag.

Ohnehin schätze ich Ihre Beiträge wegen ihrer optimalen Verbindung aus wesentlichen Informationen und Argumenten mit ihrem eleganten und oftmals erheiternden Schreibstil.

Ihre kompakte Analyse des AfD-Parteiprogramms im Vergleich mit dem des BSW ist – meiner Meinung nach – die perfekte Argumentationsgrundlage, um jedem, der in seiner Not auf die AfD hofft, die Illusionen zu nehmen.

Es wäre sicher auch lohnenswert, einen ähnlichen Vergleich mal mit dem Programm und den Positionen von CDU/CSU durchzuführen.

Da wären vermutlich sehr viele Wähler ziemlich überrascht, wie wenig Alternativen die angebliche Alternative da eigentlich zu bieten hat.

Nochmals herzlichen Dank für Ihre Beiträge,

Katrin McClean

---

9. Leserbrief

Sehr geehrte Redaktion, lieber Herr Berger,

in einem Punkt stimme ich Jens Berger zu: Die AfD handelt keineswegs einheitlich. Chrupalla ist nicht Weidel. Gerade deshalb sollte das BSW in Magdeburg auf Sicht fahren.

Ich habe einige Interviews mit Tino Chrupalla gehört und fand sie über weite Strecken gar nicht schlecht. Sobald es aber um die Positionen von Alice Weidel und anderen aus der Parteiführung ging, hörte ich jedes Mal vor allem Ausflüchte. Gerade da hätte mich eine klare Antwort interessiert. Wo widerspricht er ihnen, und wie viel Rückhalt hat er in der eigenen Partei für seinen Kurs?

Ob sich Weidels Linie am Ende durchsetzt, wie Berger vermutet, ist offen. Diese offene Frage reicht mir schon als Grund zur Vorsicht. Das BSW kann mit der AfD reden und bei einem konkreten Antrag zustimmen, wenn er den eigenen Zielen dient. Wer aber Ulrich Siegmund zum Ministerpräsidenten wählt, trägt dazu bei, ihm für Jahre ins Amt zu verhelfen. Wie viel Einfluss das BSW danach noch hätte, ist eine ganz andere Frage.

Deshalb ist hier Vorsicht beim Eierkaufen angesagt. Was Chrupalla im Interview sagt, kann man ernst nehmen. Wie verlässlich seine Linie in der AfD ist, zeigt sich erst, wenn es um Macht und konkrete Entscheidungen geht.

Mit freundlichen Grüßen
Niki Beckmann

---

10. Leserbrief

Der „Holzweg“, lieber Jens Berger ist das Parteisystem insgesamt.

Das gehört auf den Prüfstand!

Parteiengezänk, Machtspielchen, Brandmauer-Gedöns.. sind Ablenkungen eines wahlaristokratischen Systems.

Ein Karl Jaspers setzte sich damit bereits vor Jahrzehnten auseinander:

Karl Jaspers Kritik an der Parteienoligarchie (1966): „Wohin treibt die Bundesrepublik?“

und noch etwas früher die Philosophin Simone Weil in „Anmerkung zur generellen Abschaffung politischer Parteien“

L.G.
Ute Plass

Ps

Um nicht auf den Spiegel-Artikel angewiesen zu sein:

Der Text von Jaspers ist hier abrufbar:
bard.edu/library/pdfs/archives/2024/03/Jaspers-WohintreibtdieBundesrepublik.pdf

---

11. Leserbrief

Sehr geehrtes Team der Nachdenkseiten,

sehr geehrter Jens Berger,

recht vielen Dank für Ihre klarstellenden Worte zum offenen Brief des Diether Dehm.

Ich muß insoweit gestehen, daß ich mich bei der Lektüre dieses „offenen Briefes an das BSW“

vergewissern mußte, daß ich auch tatsächlich auf den NDS unterwegs war.

Es erschließt sich mir nicht, wie ein D. Dehm mit einer Lebenserfahrung von mehr als sieben Lebensjahrzehnten derart naiv sein kann und die AfD in die Nähe einer „Friedenspartei“ rückt.

Sie, Herr Berger, weisen völlig zutreffend darauf hin, daß die AfD als Wurmfortsatz von MAGA einzuschätzen ist. Sie weisen zudem völlig zurecht darauf hin, sollte es je im Bund zu einer Koalition zwischen AfD und CDU kommen, dann wäre diese Regierung – Gott behüte uns davor ! – transatlantischer als alles, was wir bislang seit Gründung der Bundesrepublik erlebt haben.

Es erschließt sich mir bis heute nicht, was 43,8 Prozent der Wähler in Sachsen-Anhalt dazu veranlaßt hat, diesen „Bauernfängern“ auf den Leim zu gehen. Selbst für den Fall, daß man als Sachsen-Anhaltiner mit der Migrationspolitik absolut nicht konform geht, selbst für diesen Fall sollte es dem durchschnittlich informierten Wähler auch im Osten der Republik bekannt sein, welche Auswüchse das übergriffige Auftreten von ICE in den USA nach sich gezogen hat – auch wirtschaftlich (Stichwort Ernteausfälle usw).

Und wenn man sich die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt (lt. Statista in 2025 bei 8 Prozent) anschaut, dann drängt sich mir der Eindruck auf, daß rationales Denken im Osten nicht sonderlich verbreitet scheint.

Wer immer noch sein Heil in der Wahl der AfD wähnt, der hat den Schuß noch nicht gehört.

Die Kanadier unter einem Mark Carney sind da einen deutlichen Schritt weiter

Sie Jens Berger, haben dezidiert aufgezeigt, in welchen Punkten zwischen AfD und BSW nachgerade Welten liegen.

Der aller einfachste Punkt, mit dem sich die AfD selbst entzaubert, ist m.E. die Tatsache, daß diese Partei sich anmaßt für das traditionelle Familienbild zu werben, gleichwohl aber die Bundesvorsitzende in einer Lebenspartnerschaft mit einer Frau lebt, m.e.W., „was in unserem Parteiprogramm steht, das gilt für euch Wähler, aber nicht für uns“.

Von daher ist die AfD keinen Deut besser, als es die anderen Parteien sind – eine ehemalige Außenministerin hat

ja seinerzeit wie folgt verlautbart: „wir werden die Ukraine weiter unterstützen, egal was meine Wähler denken“

Nur um etwaigen Mißverständnissen im vorhinein zu begegnen – es ist mir völlig egal, ob jemand schwul oder lesbisch ist, die Quintessenz meiner Ausführungen ist die Naivität der AfD-Wähler. Und wo derlei Naivität hinzuführen vermag, das sollte hinlänglich bekannt sein.

Mit freundlichen Grüßen
Patrick Meiser

---

12. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

danke für Ihre Klarstellung und Ihre Analyse der gewaltigen Unterschiede zwischen BSW und AfD! Es ist für mich verblüffend, wie sich Ihre und meine Einschätzungen decken. (Ob das die langjährige „Gehirnwäsche“ durch die nds ist? Seit A.Müller so um 2004 herum einen Vortrag in Dachau hielt, beim FORUM REPUBLIK, bin ich dabei.) Ich frage Leute, die mit der AfD liebäugeln, immer, was denn in Deutschland besser mit der AfD wird. Meine Antwort ist, es wird alles noch schrecklicher. Die AfD

weiß immerhin, dass keine Bevölkerung auf der Welt Krieg will, auch die deutsche nicht. Damit sammelt sie Wähler, die aber sofort enttäuscht werden, sobald Russland auf die zunehmenden Provokationen (Brücke von Kertsch!) ernsthaft reagiert. Dann wird es mit dem opportunistischen Friedensgesäusel der AfD vorbei sein, Wetten Dass? Der Geist „Alter Kameraden“ vom Schlage Wadephul, Pistorius oder Kiesewetter und der AfD-Hardliner hat den Russen Stalingrad immer noch nicht verziehen.

Zu Herrn Dehm: Ich halte nicht viel von ihm, er ist ein pseudointellektueller Angeber, der ständig betont, was er schon alles von großen Geistern gelesen hat. Den brauchen die nds eigentlich nicht. Ich kann immer noch ohne Herrn Dehm selbst denken.

Freundliche Grüße
Emmo Frey

---

13. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

..die simple Logik „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ ..paßt nicht in Ihren Kopf?

Ein Partner ist so lange ein Partner wie er sich partnerschaftlich verhält, Sie aber scheinen es besser zu wissen: Es kann nicht sein was nicht sein darf, dabei ist Ihnen scheinbar völlig egal was in Zukunft aus unserem Vaterland wird. Mit Vollgas fahren wir auf Grund linksgrüner Politik dem Abgrund entgegen..nach dem bevorstehenden Zusammenbruch oder etwas Atomkrieg wird Ihnen sicherlich auffallen das das ja Niemand geahnt haben könne. Sie fühlen sich offenbar wohl in Ihrer Rolle.

Manchmal frage ich mich wirklich, ob manche Linke nur 3 Gehirnwindungen haben.

Mfg,
Holm Tiffe

---

14. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

Was soll das? „Wer von dieser Partei (AfD) eine Friedens- oder gar Sozialpolitik im Sinne des BSW erwartet, dürfte eines Morgens neben einer schwarz-blauen Koalition aufwachen, die das genaue Gegenteil betreibt.“ Ich erwarte von der AfD keine Sozialpolitik im Sinne des BSW. Eine schwarz-blaue Koalition kann man eigentlich auf Grund der Brandmauerhardliner in der CDU ausschließen. Das BSW hat es letztlich in Sachsen Anhalt in der Hand, diese Koalition zu verhindern.

„Auch das Pürner-Zitat, das Dehm anführt, hilft hier nicht weiter. Ja, 44 Prozent der Wähler in Sachsen-Anhalt wünschen sich eine AfD-geführte Regierung. Das ist Demokratie. Aber zur Demokratie gehört auch, dass die Wähler des BSW eben nicht die AfD gewählt haben.“ Ja und? Wie viele waren das nochmal? „Dieses rein mathematische Argument finde ich ohnehin seltsam, schließlich haben die übrigen Parteien der „Anti-AfD- Front“ zusammen genauso viele Stimmen wie die AfD.“ Genau, allerdings haben die Wähler der übrigen Parteien ebend nicht die „Einheitspartei Anti-AfD-Front“ gewählt, sondern z.B. die CDU mit einem klaren Unvereinbarkeitsbeschluss den Linken gegenüber. Sie doktern hier ein krudes Konstrukt zusammen, dass nicht passt.

Selbstverständlich gibt es gewaltige Unterschiede bei Staatsfinanzen, Arbeit und Rente, Remigration etc. Der Souverän hat sich aber hier deutlich für die Pläne der AfD entschieden und nicht die des BSW. Andernfalls hätte das BSW 43%.

Wie sieht denn die Alternative aus? Das BSW lässt den Schulze mit seinen Taschenspielertricks durchkommen und am Ende regiert der dann die komplette Legislaturperiode durch. Das wäre dann wirklich eine Missachtung des Wählerwillens und nach dem Verrat der Bürger in Thüringen und Brandenburg dann auch der Sargnagel für das BSW. Nochmal lassen sich die Wähler nicht übers Ohr hauen.

Dieter Dehm sieht die Angelegenheit pragmatisch und Pragmatismus (und Kompromißbereitschaft) ist hier dringend erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen
R. Binde

15. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

wie immer einer kluger Beitrag von Ihnen! Allerdings: Diesmal ziehen Sie die Brandmauer hoch! Für alle Punkte, bei denen Sie zu Recht erhebliche Differenzen zwischen BSW und AfD erkennen: Einkommenssteuer, Rente, Bürgergeld, Mieterschutz, ist vor allem der Bund zuständig, nicht die Bundesländer bzw. Sachsen-Anhalt. Und wo die Länder zuständig sind (z.B.Schulen, Polizei, Kultur), da kann man sich durchaus eine andere, konservative politische Linie wünschen. Wer z.B. als Freund klassischer Stücke heutzutage ins Theater oder in die Oper geht, den können die politisierenden und wokisierten Inszenierungen nur grausen. Lassen wir also die Kirche im Dorf, bzw. in Magdeburg.

Mit freundlichen Grüßen
Alexander Zartau

16. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

all das, was Sie mit der Politik der AfD in Zusammenhang bringen – Neoliberalismus, Aufrüstung, transatlantische Hörigkeit – haben wir Bürger bereits sattsam geliefert bekommen, und zwar von den Parteien, die sich hinter der Brandmauer verschanzen. Von dem CDUCSUSPDGrüne-Block. Und Die Linke hofft nun auch, bald zu diesem Block zu gehören. Wovor soll man da noch Angst haben, wenn man an die AfD denkt?

Man warnt vor einer Annäherung des BSW an die AfD, doch niemand warnt vor einer Annäherung an die anderen Parteien, die uns die übel schmeckende Suppe eingebrockt haben, die wir Bürger jetzt und in den kommenden Jahren auslöffeln sollen. Warum eigentlich nicht? Das Verarmungsprogramm, das die Grünen mit ihrer Energiewende und ihrer Ukrainekriegsbegeisterung für große Teile der Bevölkerung auf die Gleise gesetzt haben, dürfte die AfD nicht so schnell übertreffen können. Und der Rechtsstaat wird von der „extremen Mitte“ abgeräumt,

nicht von der AfD.

Seit der Corona-Zeit sind Ausgrenzung und Diffamierung (nicht nur) in der Politik Trumpf, und die Gespräche zwischen dem BSW und der AfD in Sachsen-Anhalt waren endlich ein Zeichen, dass es auch anders geht. Dass wenigstens Vernunft und gute Manieren wieder zurückkehren können. Aber schon wird geargwöhnt, das BSW könne von der AfD „hereingelegt“ werden. Oder eine punktuelle Zusammenarbeit führe unweigerlich in eine Koalition, in der das BSW dann gezwungen würde, alle politischen Grundsätze zu verraten. Das ist jedenfalls der Weg, den Suikat und Tatti ausgerechnet bei T-online, dem politischen Qualitätsmagazin, vorzeichnen. Illustriert mit einem hübschen Foto von Claudia Wittig und Ulrich Siegmund. Die Botschaft ist klar: Kaum hat man mit der AfD Kontakt, wird man quasi willenlos und ist den Mächten der Finsternis hilflos ausgeliefert.

Die Linkspartei hat nicht eher Ruhe gegeben, bis sie ihre beste und glaubwürdigste Politikerin, Sahra Wagenknecht, hinausgeekelt hatte. Und kaum hat das BSW in Magdeburg mit Claudia Wittig eine kluge, glaubwürdige Politikerin (mit ebensolchen Mitstreitern), fängt das Spiel von vorne an.

Wenn das BSW auf seinem Parteitag die Brandmauer an anderer Stelle wieder hochzieht, kann es gleich zurückgehen zur Linkspartei, und die „Politiker:innen“ könnten dann auf Tiktok singend und tanzend ihre Tätowierungen präsentieren. Diese politische Strategie scheint ja zumindest in Berlin erfolgreich zu sein. Ach ja, den roten Lippenstift und den Nagellack nicht vergessen!

Mit freundlichen Grüßen
Carola Zechert

---

17. Leserbrief

Liebe NDS-Redaktion,

Die AfD zu wählen ist der Versuch der Bürger, die Macht der Kartellparteien (im Sinne von Hans Herbert von Arnim etablierte Parteien, die den politischen Wettbewerb einschränken um sich Macht, Posten und Ressourcen zu sichern) zu brechen.

Bei Herrn Bergers Replik bin ich ein wenig irritiert, ob wir jetzt im Land- oder Bundestag sind. Wieviele Superreiche leben denn in Sachsen-Anhalt, die vom BSW stärker besteuert werden sollen? Laut KI leben dort 293 Einkommensmillionäre.

Im Bundestag ist das BSW nicht vertreten. Was die „Reformen“ der aktuellen Bundesregierung betrifft, sind sie eine „Kriegserklärung“ für abhängig Beschäftigte und Rentner. Wird der Handel (die Wirtschaft) die Quelle des öffentlichen Reichtums sein, wenn man die Antriebsfeder des privaten Egoismus daraus entfernt? Warum die Kita für Kinder von Ärzten, Apothekern, Anwälten, Beamten (also Gutverdienern) beitragsfrei sein soll, erschließt sich mir auch nicht zwingend. Ob Deutschland wirklich über Krieg und Frieden in Europa entscheidet?

Es ist eine offene Frage, ob „gute Absichten + Dummheit“ oder „schlechte Absichten + Intelligenz“ mehr Unheil in die Welt gebracht haben.

Viele Grüße
Michael Wrazidlo

---

18. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

Sie bezeichnen die AfD als eine Partei, deren Programm „neoliberal bis ins Mark“ ist, und ich sehe keinen Grund, dem zu widersprechen. Sie weisen außerdem darauf hin, dass sich die AfD in wichtigen Fragen als opportunistisch erwiesen hat, um beim Wähler zu punkten, und dass die für das BSW zentrale Frage der Friedenspolitik dazugehört. Auch hier sehe ich keinen Anlass zum Widerspruch.

Angesichts dessen warnen Sie – ja, wovor eigentlich? Davor, dass das BSW der AfD das Etikett einer Friedenspartei verleiht und ihr dadurch den Weg zur Macht ebnet? Dafür braucht die AfD das BSW nicht – das gelingt ihr mit freundlicher Unterstützung der russophoben Brandmauermedien und dank des notorisch kurzen Gedächtnisses der Wähler auch so. Davor, dass das BSW die Wahl eines AfD-Ministerpräsidenten nicht verhindert? Solange der Vorschlag eines überparteilichen Ministerpräsidenen von den anderen Parteien nicht ernsthaft diskutiert wird, ginge das nach Lage der Dinge nur durch die Unterstützung einer CDU-geführten Regierung – und davon würde die AfD wohl noch mehr profitieren als von allem

anderen.

Als größtes Risiko benennen Sie dies: „Siegmund wird gewählt, regiert mit den Stimmen des BSW – und das BSW wird zum Juniorpartner im rechten Lager, ohne je einen Koalitionsvertrag unterschrieben zu haben.“ Wenn man dieses Argument ernst nimmt, liegt die Konsequenz eigentlich auf der Hand: Das BSW müsste in eine Koalition mit der AfD eintreten – auf der Grundlage eines Koalitionsvertrags, der zentrale BSW-Forderungen festschreibt.

Ganz gleich, wie sich der BSW-Parteitag und die Magdeburger Fraktion entscheiden – jede Entscheidung wird parteiintern auf erbitterten Widerstand stoßen und damit das Lager derer, die ernsthaft für Frieden und sozialen Ausgleich eintreten, weiter schwächen. Diese Flügelkämpfe auszuhalten, ist hart. Bitterer wäre nur eine neue – und letzte – Spaltung der Partei.

Eine abschließende Bemerkung noch zum angeblichen Rechtsschwenk des sachsen-anhaltinischen BSW, von dem anderwärts so viel die Rede ist: Ich durfte Dr. Wittig, das Gesicht des Magdeburger Wegs, ein wenig kennenlernen – und von Rechtsschwenk oder rechter Politik konnte ich da nichts feststellen. Wenn sich seit der Wahl in Sachsen-Anhalt irgend jemand bewegt hat, dann die AfD. Sie, lieber Herr Berger, haben völlig recht, dass ein symbolischer Friedensantrag und das nicht ganz so symbolische Ende der Elbit-Ansiedlung in Sangerhausen noch nicht viel bedeuten. Immerhin stimmt die Richtung.

Mit Dank für Ihre Arbeit und besten Grüßen
G. J.

---

19. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

irre ich mich oder werden hier symbolische Kämpfe innerhalb der Linken darüber ausgefochten, ob man sich die Hände schmutzig machen darf oder nicht? Ein AfD-Ministerpräsident als Dammbruch des Faschismus oder radikaler rechter Politik ohne eigene Mehrheit und auf der Ebene eines Bundeslandes mit sehr begrenzter Regelungskompetenz?

Die politische Situation in Deutschland ist völlig blockiert – Besserung nicht in Sicht. Das einzige Rad, an dem man drehen kann – in welchem Ausmaß darf man gern dem BSW Sachsen-Anhalt überlassen – ist bezüglich der Zusammenarbeit mit der AfD in Sachsen-Anhalt, mit der im besten Fall die politischen Fronten aufgebrochen werden – oder ist gerade das das Problem?

Die Haltung, man dürfe in keiner Form professionell – also nicht zufällig von Antrag zu Antrag – mit dem Teufel paktieren, ist genauso a-politisch wie die Brandmauer per se.

Sauber bleiben und auf bessere Zeiten warten?

MfG
Erik Jochem

---

20. Leserbrief

Eine treffende Analyse des Sachverhalts, und das gilt auch für die Schlussfolgerung von Herrn Berger.

Wenn es um Innenpolitik bzw. Steuern, Staatsfinanzen und dieses „Sozialgedöns“ (Arbeit und Soziales, armutsfeste Renten, bezahlbare Mieten usw.) geht, dann ist die blaue AfD keine Alternative für die Mehrheit der Bürger in Deutschland. In manchen Bereichen ist die AfD nur noch extremer bzw. neoliberaler als CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne.

Die AfD ist keine Partei für die vielen sogenannten hart arbeitenden „kleinen Bürger“, und das war sie auch nie. Das belegt die blaue Alternative seit Jahren regelmäßig dann, wenn die Partei gegen jede Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns für Geringverdiener um ein paar Cent pro Stunde stimmt.E-Mail

Teile der AfD wollen zwar die Leistungen für Familien bzw. Kinder erhöhen und das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung wieder geringfügig anheben. Gleichzeitig tritt die AfD für massive Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie für den vollständigen Wegfall der Erbschaftsteuer ein. Von der Abschaffung der Erbschaftsteuer profitieren nicht die Geringverdiener und die „kleinen Bürger“, sondern die Bürger mit dem großen Geldbeutel, mit anderen

Worten: die Besserverdienenden, die Reichen und die milliardenschweren Superreichen. Aufgrund der aktuell geltenden Freibeträge zahlt die Mehrheit der Bürger, die in Deutschland ein paar Euro erben oder erben werden, nämlich keinen einzigen Cent Erbschaftsteuer.

Mit dieser Umverteilung von unten nach ganz oben geht die „Alternative“ allerdings nicht auf Wähler- und Stimmenfang. Eine Wirtschaftspolitik, die tatsächlich allen Bürgern in Deutschland nützt, und eine soziale Politik gehörten nie zum Markenkern der AfD. Zur Erinnerung: Gegründet wurde die AfD 2013 von neoliberalen und konservativen Akademikern, denen die Wirtschafts- und Sozialpolitik von FDP und CDU/CSU zu sozial war.

Inzwischen zielt die AfD vor allem auf kulturelle bzw. nationale Identität sowie auf Sicherheit und Ordnung („Law and Order“). Innenpolitisch gaukelt die AfD den kleinen Leuten daher vor, die schnelle Abschiebung insbesondere krimineller Migranten würde viele soziale, aber auch ökonomische und gesellschaftliche Probleme in Deutschland lösen. Man sagt allerdings nicht mehr plump: „Ausländer raus. Deutschland den Deutschen“, sondern bezeichnet das heute in akademisch geschliffener Sprache als „Remigration“. So einfach geht rechte Politik.

Hinzu kommt der erfolgreiche Protest der AfD gegen die sogenannten „Altparteien“, denn auch das kommt bei vielen Wählern gut an. Die AfD punktet beispielsweise mit der Forderung nach einer Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen, weil diese bei den verantwortlichen „Altparteien“ und den Mainstream-Medien bislang nicht stattfindet. Bezeichnend für den Opportunismus der AfD ist jedoch, dass sie zu Beginn der Pandemie voll auf der Linie der damaligen Ampel-Parteien (SPD, FDP und Grüne) lag und sich erst im Laufe der Zeit zu einer Protestpartei gegen die autoritären Corona-Maßnahmen der Regierung entwickelte.

Das gilt auch für die Außenpolitik der AfD. Es war kein milliardenschwerer russischer Oligarch und es war auch nicht Wladimir Putin, der vor der letzten Bundestagswahl 2025 ganz offen Wahlkampfhilfe für die neoliberale rechte AfD machte. Es war der US-Multimilliardär und Trump-Unterstützer Elon Musk: „Nur die AfD kann Deutschland retten“ (Elon Musk 2024 auf seiner eigenen Plattform „X“). Dafür wird er von AfD-Groupies wie Alice Weidel bewundert und gefeiert. So einfach funktioniert rechte Politik.

Falls die blaue AfD irgendwann auf Bundesebene zusammen mit einer dieser Altparteien in einer rechten Koalition mitregieren wird, dann werden viele kleine

Bürger in Deutschland noch ihr blaues Wunder erleben.

Insofern kann man das Fazit von Herrn Berger nur als vernünftig bezeichnen: Das BSW („Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft“) sollte dort mit der AfD stimmen, wo dies tatsächlich den Interessen der kleinen Leute und dem Wohl der Allgemeinheit dient. Gegen bezahlbare Kita-Gebühren, die Sanierung der Dorfschule und den Erhalt städtischer Krankenhäuser braucht ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (siehe Artikel 20 Grundgesetz) keine Brandmauer(n).

Eine feuerfeste Schutzmauer braucht die Demokratie hingegen gegen die irrsinnige milliardenschwere Aufrüstung, gegen die Ausbreitung der wertewestlichen NATO nach Osten, gegen ressourcenfressende, umwelt- und klimaschädliche „Gigafactories“, die mittel- und langfristig nur wenige Arbeitsplätze schaffen, und gegen eine asoziale Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Eine Brandmauer bräuchte man deshalb gegen demokratiefeindliche und elitäre Regierungen wie die der USA, die jedes Jahr weltweit rund eine Billion US-Dollar für das Militär ausgibt, aber angeblich kein Geld dafür hat, allen Bürgern im eigenen Land eine bezahlbare Krankenversicherung und ein Dach über dem Kopf zu ermöglichen. Das sind nämlich die real existierenden Folgen rechter Politik in den USA.

An dieser elitären, demokratiefeindlichen und asozialen Politik ändert sich auch nichts, wenn Elon Musk und sein Groupie Alice Weidel in Deutschland Propaganda für die AfD machen, die Geschichte verbiegen und den rechtsextremen deutschen Diktator Adolf Hitler und Führer des ehemaligen Dritten Reiches als „Kommunisten“ framen.

Mit Grüßen an die Vernunft

Detlef Schmiedel

---

21. Leserbrief

Liebe Nachdenkseiten,
lieber Herr Berger,

ich finde es gut, dass die NDS diese wichtige und richtungsweisende Diskussion innerhalb des BSW aufnimmt und die Debatte mitführt. Ihre Argumente als Erwiderung auf Diether Dehm sind gut, allerdings würde ich unterm Strich Herrn Dehm zustimmen.

Alles, was Sie zur AfD gesagt haben, kann ich problemlos unterschreiben. Auch die themenbezogene Taktik des BSW, nicht nur in Sachsen-Anhalt, halte ich für richtig. In Sachsen-Anhalt steht aber noch eine andere, grundlegendere Entscheidung an: Wer soll die letztendliche Unterstützung bei der Wahl zum Ministerpräsidenten erhalten – AfD oder das Altparteienbündnis?

Wir dürfen hier nun nicht außer Acht lassen, dass es die Altparteien waren, die Deutschland seit Gerhard Schröder schrittweise in diesen desolaten Zustand geführt haben. Haben die SPD und Die Grünen anfangs der 2000er die Gesellschaft innenpolitisch disruptiv verändert und entsolidarisiert (neben den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr), so waren es SPD und CDU, welche die Finanzkrise 2008 in eine europäische Schuldenkrise umdeuteten und die Entsolidarisierung in der EU vorantrieben. Die ‚Wir-schaffen-das-Zeit‘ war einäugig (nicht blauäugig) und die Coronazeit wird u.a. durchaus richtig als die größte Umverteilung von Vermögen von unten nach oben beschrieben. All die politischen Weichestellungen in dieser Zeit gingen zu Lasten der ‚Mittel- und Unterschichten‘. Das die Altparteien bei den Analysen der Kriege in dieser Zeitspanne auf dem Holzweg waren und demzufolge Kriege anheizten und dem Frieden schadeten und schaden, läßt retrospektiv kein anderes Urteil zu. Erinnert sei auch an Snowden und Assange!

Kurz gesagt: Die AfD mag in vielen Politikfeldern anders als das BSW votieren, die Altparteien haben bewiesen, dass sie anders als das BSW regieren. Zwischen AfD und den Altparteien mag es in den Politikfeldern qualitative Unterschiede geben, unterm Strich tun sich hier beide Lager nicht viel.

Die entscheidenden Punkte für das BSW sollten daher die relevanten Gemeinsamkeiten sein, die es mit den Altparteien nicht gibt: Das ist in erster Linie und enorm wichtig für viele BSWler – Die echte Aufarbeitung der Coronazeit! Hinzu kommt der Diskurs und die Diplomatie mit Russland und ein echter Wandel des Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunks (u.a.m).

Somit bleibt als Moral der Geschichte: Die Altparteien haben sich als Regierungsparteien disqualifiziert, auch regional! Wenn man also keine Neuwahlen in Sachsen-Anhalt bevorzugt, bleibt als sichere Strategie nur übrig, im letzten

Wahlgang Siegmund das Ministeramt zu ermöglichen (wie auch immer aber ohne Koalitionsvertrag). Der ‚Magdeburger Weg‘, so verstanden, wird dem BSW-Wähler gerecht und der Partei nicht schaden. Alles andere ist nur die Angst des und die Angst vor dem Mainstream.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf eine sehr bemerkenswerte Kurzanalyse von Konstantin Schink (bekannt als Agitator der Sozialen Marktwirtschaft) auf dem YT-Kanal von Frankfurter FriedensGespräche (Nachdenkseiten Gesprächskreis Frankfurt/Main) hinweisen. Er erkennt drei wichtige Flügel der AfD, zwei transatlantisch-neoliberale im Westen u.a. Weidel und einen eher sozialdemokratisch-nationalen im Osten. Das BSW sollte diesen Ostflügel durch Zusammenarbeit stärken und eventuell so den Kurs der Gesamt-AfD beeinflussen, noch gäbe es diese Möglichkeit. Ich tendiere dazu, dies ähnlich zu sehen.

Mit bestem Dank für all die gute Arbeit der NDS

Stefan Kreft

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.
- redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“.